



## N i e d e r s c h r i f t

### der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Betriebsausschusses Eigenbetrieb Kindertagesstätten am 12.05.2017

*öffentlich*

---

**Ort:**

**Schulungsräume KT Wunderpferdchen  
Weidaweg 13  
06122 Halle**

**Zeit: 14:00 Uhr bis 14:35 Uhr**

**Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis**

#### Anwesend waren:

Katharina Brederlow  
Dr. Ulrike Wünscher  
Sten Meerheim  
Thomas Schied  
Eric Eigendorf  
Melanie Ranft  
Christian Heine  
Jens Kreisel  
Katrin Lademann  
Heike Schaarschmidt

Beigeordnete  
CDU/FDP- Stadtratsfraktion Halle (Saale)  
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)  
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)  
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
BMA  
Leiter Eigenbetrieb Kindertagesstätten  
Protokollführerin  
Referentin Beigeordnete Bildung und  
Soziales

#### Entschuldigt fehlten:

Dr. Annegret Bergner  
Andreas Scholtyssek

Josephine Jahn

Dr. Inés Brock

Bettina Pätzold  
Frau Sylvia Weiß

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)  
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)  
vertreten durch Ulrike Wünscher  
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)  
vertreten durch Sten Meerheim  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
vertreten durch Melanie Ranft  
Beschäftigtenvertreterin  
Beschäftigtenvertreterin

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses Eigenbetrieb Kindertagesstätten wurde durch **Frau Brederlow, Beigeordnete**, eröffnet und geleitet. **Frau Brederlow** konnte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit feststellen.

Es waren 6 von 9 stimmberechtigten Ausschussmitglieder anwesend.

**Herr Schied, Fraktion DIE LINKE**, merkte an, dass der Bericht des Betriebsleiters zukünftig eher einzustellen ist.

Zu Punkt 6.1. der TO beantragte **Herr Schied**, diesen TO Punkt in 1. Lesung zu behandeln.

**Frau Brederlow** lies zu diesem Antrag abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**                    4 Ja-Stimmen  
   0 Nein-Stimmen  
   2 Nein-Stimmen

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Frau Brederlow, Beigeordnete**, bat um Abstimmung der geänderten TO.

**Abstimmungsergebnis:**                    **einstimmig zugestimmt**  
   6 Ja-Stimmen  
   0 Nein-Stimmen  
   0 Enthaltungen

Somit wurde folgende **Tagesordnung** festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 17.02.2017
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Bericht des Betriebsleiters
6. Beschlussvorlagen
- 6.1. 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) 1. Lesung  
Vorlage: VI/2016/02672

7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
8. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
9. Mitteilungen
10. Beantwortung von mündlichen Anfragen
11. Anregungen

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 17.02.2017**

---

**Frau Brederlow, Beigeordnete**, bat um Abstimmung der Niederschrift vom 17.02.2017.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

4 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen

### **zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

**Frau Brederlow, Beigeordnete**, gab den Beschluss aus der nicht öffentlichen Sitzung vom 17.02.17 bekannt.

**Beschluss:**

Der Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) beschließt, den Zuschlag für die Ausstattung der Kita Pauluspark, Willi-Lohmann-Str. 7b in Halle, mit Mobiliar und Einrichtungsgegenständen der Firma **Wehrfritz GmbH** aus Bad-Rodach mit einer Bruttosumme von **69.868,51 €** zu erteilen.

**Finanzielle Auswirkung:**

Gesamtkosten der Maßnahme: ca. 70.000 € (unaufschiebbare rechtliche Verpflichtung per Gesetz)

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

9 Ja-Stimmen

## zu 5 Bericht des Betriebsleiters

---

**Frau Wünscher, CDU/FDP Fraktion**, merkte an, dass eine kurze Berichterstattung reicht, da alle den Bericht lesen konnten.

**Herr Kreisel, Betriebsleiter**, berichtete zum Stand der Baufortschritte.

Kita Schimmelstr.: Kosten und Zeitplan sind im vorgesehenen Rahmen

Kita Pauluspark: Ist als Objekt übergeben. Ausstattung folgt.

Des Weiteren gab Herr Kreisel bekannt, dass geplant sei, eine Sitzung vorzubereiten, in der LeiterInnen berichten können, wie der Kita-Frühling als Arbeitsinstrument im EB Kita angewandt wird.

Problematisch gestaltet sich die Vergabe zur Außenanlage Schimmelstraße. Bis zur nächsten Sitzung am 16.6.17 werden die Vergabeunterlagen noch nicht zur Beschlussfassung vorliegen. Somit müsste in der Sommerpause eine Sondersitzung einberufen werden.

Die Möglichkeit eines Umlaufbeschlusses wurde von Herrn Kreisel zur Diskussion gestellt.

**Frau Ranft, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN**, fragte an, welches Finanzvolumen vergeben werden soll.

**Herr Kreisel** antwortete, dass es sich um 470.000€ handelt.

**Herr Heine, BMA**, merkte an, dass geprüft werden muss, ob Umlaufbeschlüsse in der Satzung vorgesehen sind.

**Herr Schied, Fraktion DIE LINKE**, fragte an, ob ein Umlaufbeschluss rechtlich sicher möglich ist.

**Herr Kreisel** sicherte eine Prüfung der Zulässigkeit eines Umlaufbeschlusses bis zum 16.06.2017 zu.

**Frau Ranft** fragte zur Thematik Kita- Frühling.

Macht jede Kita / Hort mit? Wer begleitet die Prozesse?

**Herr Kreisel** antwortete: Alle Kitas und Horte des EB Kita sind eingebunden. Begleitet werden die Kitas durch 4 Kita-Coaches.

**Herr Schied** fragte nach der aktuellen Personalsituation.

**Herr Kreisel** berichtete, dass allen MitarbeiterInnen nochmals angeboten wurde ihre Arbeitszeit zu erhöhen. Die Resonanz ist nur gering. Daher muss der EB Kita nach Beschluss beim Personalrat eine Anordnung von Mehrstunden vornehmen. Es kann nur über diesen Weg eine Sicherung des Personalschlüssels erfolgen. Die Befristung erfolgt bis Sommer.

**Frau Brederlow, Beigeordnete**, ergänzte: Kapazitäten senken wäre eine andere Alternative, um den Personalschlüssel zu verbessern. Das ist in Halle aber eher problematisch, da der Rechtsanspruch im Vordergrund steht. Diskussionen im Land gehen in die Richtung, den Personalschlüssel zu verbessern (Krankheit/Urlaub).

Der Wunsch nach einem Modellprojekt im Hinblick auf die Ausbildung ist formuliert, z.B. Duale Ausbildung o.ä.

**Frau Ranft** stellte fest, dass der Ausbau der Kapazitäten an den Ausbildungsstätten noch nicht vorangebracht wurde.

**Frau Brederlow** merkte an, man muss abwarten, wie die Änderungen zum KiFöG aussehen werden.

**Herr Kreisel** informierte, dass er noch keine Kenntnisse habe.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

## zu 6      **Beschlussvorlagen**

---

### zu 6.1      **2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) 1. Lesung** **Vorlage: VI/2016/02672**

---

**Frau Schöps, FB Bildung**, erklärte die Historie der Satzung.

Schwerpunkte: Kostenerhebung der Beiträge durch die Träger und im Streikfall tragen Eltern trotzdem die Betreuungskosten.

**Herr Schied, Fraktion DIE LINKE**, ging auf die damalige Vorlage im Stadtrat ein. Die Rückerstattung wurde damals abgelehnt, bezogen auf den Streikfall 2015.

**Frau Brederlow, Beigeordnete**, erläuterte, dass es Hinweise vom Rechtsamt gab, dass es einige Städte in ihren Satzungen geregelt haben. Damit war die Empfehlung verbunden, es auch für die Stadt Halle (Saale) in der Satzung aufzunehmen.

**Frau Brederlow** stellte fest, dass es in der Begründung nochmals klarer beschrieben werden müsste.

**Frau Ranft, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN**, fragte an, welche Kommunen es in ihrer Satzung geregelt haben.

**Frau Schöps** sagte zu, es entsprechend zusammenzustellen.

**Frau Brederlow** schlug vor, dies kann als Anlage zur Vorlage erstellt werden.

**Frau Ranft** ergänzte, dass das Prinzip im Vordergrund stehen sollte, dass ein Streik einem Arbeitgeber „wehtun“ muss.

**Herr Kreisel, Betriebsleiter**, verwies auf den Fakt, dass Streik höhere Gewalt ist.

**Herr St. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, fragte, ob es Anfragen von Eltern konkreter Art gab.

**Frau Brederlow** verneinte es.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Die Abstimmung über die Vorlage wurde in die nächste BA-Sitzung verwiesen.

**zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

Anträge von Fraktionen und Stadträten gab es keine.

**zu 8 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten gab es keine.

**zu 9 Mitteilungen**

---

Mitteilungen gab es keine.

**zu 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

Mündlichen Anfragen gab es keine.

**zu 11 Anregungen**

---

Anregungen gab es keine.

**Frau Brederlow, Beigeordnete**, beendete den öffentlichen Teil der Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 19.07.17

---

Katharina Brederlow  
Beigeordnete

---

Katrin Lademann  
Protokollführerin